Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Migranten

Integration schafft Wachstum

Eine bessere Integration der Migranten in das deutsche Bildungssystem und den Arbeitsmarkt würde dem Staat bis 2050 zusätzliche Einnahmen von 164 Milliarden Euro verschaffen. Dies ist das zentrale Ergebnis einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln für das Bundeswirtschaftsministerium. Dabei wurde davon ausgegangen, dass sich die Unterschiede hinsichtlich Bildungsabschlüssen, Arbeitslosenquote und schulischen Leistungen zwischen Migranten und einheimischer Bevölkerung in den kommenden Jahren zumindest halbieren. Dadurch fällt die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts um 0,1 Prozentpunkte höher aus, weil die Erwerbstätigen im Schnitt besser qualifiziert sind. Entsprechend erzielt die öffentliche Hand höhere Steuereinnahmen und Sozialabgaben und zahlt weniger Sozialleistungen.

Damit es soweit kommt, muss der Staat allerdings vorher investieren: Mindestens 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund sollten in Krippen betreut werden. Ab einem Alter von drei Jahren sollte jedes Kind eine Kindertagesstätte besuchen. Weitere Ausgaben wären zudem notwendig, um den Nachwuchs der Migranten individuell zu fördern – etwa bei der Sprachentwicklung. Insgesamt dürfte diese verstärkte frühkindliche Förderung den Staat jährlich 3,1 Milliarden Euro kosten. Hinzu kämen rund 1,5 Milliarden Euro pro Jahr für den nötigen Ausbau der beruflichen Ausbildung und Hochschulen.

Gesprächspartner im IW: Dr. Axel Plünnecke, Telefon 0221 4981-701

Integration

Gewinn für alle Beteiligten

Migranten in Deutschland haben ein deutlich geringeres Bildungsniveau als Nichtmigranten und sind häufiger arbeitslos. Auch ihre Kinder schneiden in der Schule meist schlechter ab. Gelänge es, die Unterschiede zur Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zumindest zu halbieren, so würde nicht nur der Staat von steigenden Steuern und sinkenden Sozialausgaben profitieren – auch die Wirtschaft würde angekurbelt.*)

Ob Bildung, Job oder Karrierechancen – Migranten haben bei all diesen Themen im Vergleich zu Bundesbürgern ohne ausländische Wurzeln Nachholbedarf. Im Jahr 2007 hatten 38 Prozent der 25- bis 64-jährigen Migranten keine abgeschlossene Berufsausbildung, von der gleichaltrigen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund waren es lediglich 11 Prozent (Grafik).

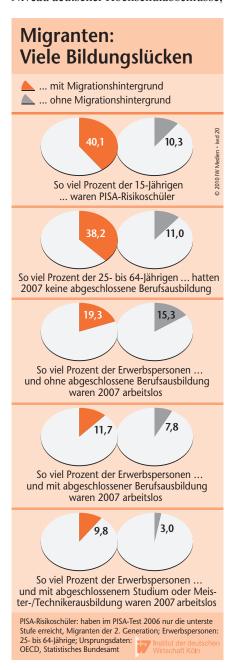
Diese Probleme zeichnen sich bereits im Kindesalter ab. So schnitten im PISA-Test 2006 rund 40 Prozent der in Deutschland geborenen 15-jährigen Migrantenschüler schlecht ab. Somit müsste die Politik früh ansetzen, will sie die Qualifikation der erwachsenen Migranten verbessern.

Doch selbst bei gleicher formaler Qualifikation ergeben sich erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Erfolgs am Arbeitsmarkt. Unter den geringqualifizierten Migranten betrug die Arbeitslosenquote zuletzt 19,3 Prozent, unter den Nichtmigranten mit gleichem Bildungsniveau 15,3 Prozent.

Noch deutlicher sind die Differenzen bei den Hochqualifizierten. Hier lag die Arbeitslosenquote der Migranten 2007 bei 9,8 Prozent, unter den Nichtmigranten herrschte mit einer Arbeitslosenquote von 3 Prozent fast Vollbeschäftigung.

Akademiker mit ausländischen Wurzeln werden zudem oft schlechter bezahlt als ihre einheimischen Kollegen, wenn sie ihr Studium im Ausland abgeschlossen haben. Tragen dagegen all ihre Bildungsabschlüsse den Stempel "made in

Germany", gibt es keine Lohn- und Gehaltsunterschiede. Ein Grund dafür ist das international vergleichsweise hohe Niveau deutscher Hochschulabschlüsse.



^{*)} Vgl. Christina Anger, Vera Erdmann, Axel Plünnecke, Ilona Riesen: Integrationsrendite – Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, Download unter: www.iwkoeln.de

welches sich beim Arbeitsentgelt entsprechend auszahlt.

Ein Problem besteht allerdings immer noch in der mangelnden einheitlichen Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, egal ob Universitätszertifikat oder Ausbildungszeugnis (vgl. iwd 16/2010). Nur wenige Zuwanderergruppen können sich bisher an zuständige Stellen wenden, die sich um die formale Bewertung von Qualifikationen und Abschlüssen kümmern. Gerade angesichts des Fachkräftemangels hierzulande besteht auf diesem Gebiet großer Nachholbedarf.

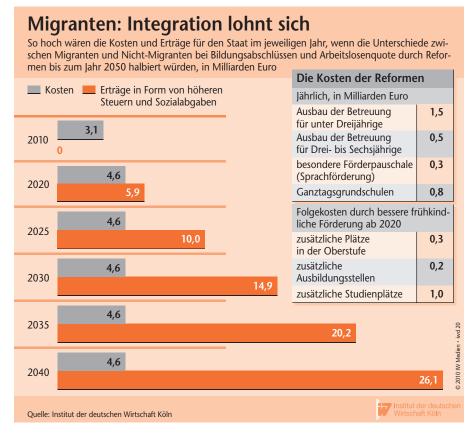
Aus ökonomischer Sicht hätte eine bessere Integration große Vorteile. Die Logik dahinter: Wer gut ausgebildet ist, findet besser einen Job, hat höhere Karrierechancen und ein geringeres Armutsrisiko. Davon profitiert die gesamte Volkswirtschaft.

Würden also die Unterschiede zwischen Migranten und Nichtmigranten bei formalen Bildungsabschlüssen, Arbeitslosenquoten und Kompetenzen der Schüler in den kommenden Jahren zumindest halbiert, so hätte dies erhebliche Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum, wie das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) berechnet hat. In den kommenden Jahrzehnten würde die jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,1 Prozentpunkt höher sein. Die jährlichen Steuereinnahmen des Staates nähmen ebenfalls deutlich zu:

Im Jahr 2020 würden die jährlichen Zusatzeinnahmen bereits 5,9 Milliarden Euro betragen, 2030 knapp 15 Milliarden Euro und 2040 bereits gut 26 Milliarden Euro.

Für diese Summen muss der Staat aber auch etwas tun und in bessere Rahmenbedingungen im Bildungssystem investieren. Kurz- bis mittelfristigen Erfolg versprechen Maßnahmen wie Einstiegsqualifizierungen für Jugendliche und andere Hilfen für Migranten beim Übergang ins berufliche Bildungssystem. Diese Investitionen bekäme der Staat je nach Effizienz der Maßnahme mit einer Verzinsung zwischen 6 und 9 Prozent zurück – in Form von höheren Steuern und niedrigeren Sozialausgaben.

Noch dringender sind allerdings langfristige Verbesserungen im Bildungssys-



tem. Viele Kinder von Migranten haben häufiger als ihre Klassenkameraden ohne Zuwanderungshintergrund Probleme in der Schule – und wenig Hilfe daheim, wenn die Eltern selbst keine gute Schulbildung haben und kaum Bücher oder PCs zum Lernen zur Verfügung stehen. Außerdem besuchen Migranten seltener und kürzer einen Kindergarten.

Die Politik muss daher einige Aufgaben erledigen: die Betreuung für die Kleinsten ausbauen, die Schüler sechs Jahre lang auf der Grundschule lassen und dann auf weniger Schulformen verteilen, mehr Ganztagsschulen schaffen und eine größere Schulautonomie ermöglichen. Ferner sollten Lehrer zielorientiert vergütet werden und sich besser fortbilden, damit sie die Kinder effektiver fördern können.

Im Detail sehen die nötigen Reformen so aus: Mindestens 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren mit Migrationshintergrund sollten in Krippen betreut werden. Ab einem Alter von drei Jahren sollte jedes Kind eine Kindertagesstätte besuchen. Weitere Investitionen wären notwendig, um die Kinder der Migranten individuell zu fördern – etwa bei der Sprachentwicklung. Insgesamt dürfte dieser Ausbau der frühkindlichen Förde-

rung den Staat jährlich 3,1 Milliarden Euro zusätzlich kosten.

Greifen die Maßnahmen, müssten künftig auch mehr Plätze in der Oberstufe, in der beruflichen Ausbildung und an den Hochschulen geschaffen werden, um die groß gewordenen klugen Kleinen weiterzuqualifizieren. Dies kostet den Staat noch einmal rund 1,5 Milliarden Euro jährlich.

Diese Reformen tragen Früchte: Stellt man den Kosten die Erträge der langfristig wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Migranten gegenüber, so ergibt sich für die öffentliche Hand eine hohe Rendite von 12 Prozent.

Abzüglich aller Kosten der öffentlichen Hand ergibt sich bei einem Planungshorizont bis 2050 ein Ertrag in Höhe von 164 Milliarden Euro, wenn die Qualifikationsunterschiede zwischen Migranten und Nichtmigranten halbiert werden.

Anders ausgedrückt: Durch ein höheres Wirtschaftswachstum und steigende Steuereinnahmen kann die öffentliche Hand die zusätzlichen Ausgaben für eine bessere Integration finanzieren und hat dann immer noch 164 Milliarden Euro zur Verfügung – etwa für den Schuldenabbau.